

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1929

14 (31.1.1929)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-884212](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-884212)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle von unerschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises
Leitung: H. Zirt. Druck und Verlag von E. Zirt.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor-
mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.
Bei gerichtlicher Klage, Kontursverfahren usw. wird etwa bewilligter
Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Postgebühren.

Heft Nr. 90 Anzeigenpreise: Die einspaltige Kopfszeile oder deren Raum 15 J, Familienanzeigen 10 J, auswärts 20 J, Reklamezeile 50 J. Schlußjahr 10.
Für durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Nr. 14.

Elsfleth, Donnerstag, den 31. Januar

1929.

Chronik des Tages.

— Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte in Paris eine längere Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich.
— Der bisherige Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt, Roland Köster, ist zum deutschen Gesandten in Oslo ernannt worden.
— In Berlin haben die beiden Bankiers Böttcher und Dufas Selbstmord verübt.
— Angeblich aus Nothwehr hat in Berlin-Stichtenberg eine Frau ihren Gemann mit der Schere erdolcht.
— Nachdem in den letzten Tagen die Grippe-Erkrankungen in Berlin einen gewissen Rückgang gezeigt hatten, ist wieder ein Answellen der Krankheit zu beobachten.
— Auf der Tombola des Bresselballs in Berlin sind zwei Gemälde spurlos verschwunden.
— Der diesjährige deutsche Vegetarier wird am 28. und 29. Juni in Essen stattfinden.
— In Hamburg ist der bekannte Dermatologe Geheimrat Professor Dr. Anna im Alter von 79 Jahren gestorben. Die von ihm geschaffene Hamburger Hautklinik genießt Weltruf.
— Auf dem Atlantik befinden sich gegenwärtig drei Schiffe mit einer Gesamtbesatzung von 93 Mann in Seenot.

Von der Milchnot.

Von unserem landwirtschaftlichem Sonderberichterstatter.

— Berlin, 30. Januar.
Vom Kriege her hat man in den Städten noch eine schwache Erinnerung an die damalige Milchnot, mit Milchmangel usw. Jene Not ist dieses Mal nicht gemeint. Die jetzige Not ist zwar ebenso groß, wirtschaftlich noch weiter wirkend, aber es wird nicht so viel Aufhebens davon gemacht.

Nach dem Kriege hieß es: „Die Viehjaucht muß die Landwirtschaft retten“. Also umstellen auf Viehjaucht. Heute ist die Milchproduktion berartig angewachsen, daß jetzt, mitten im Winter, manche Großstädte sich des Andranges ihrer alten Lieferer nicht erwehren können! Und daneben steigt die Einfuhr für Milch-erzeugnisse, Butter, Käse, weiter ins Ungemeine, weil in den Säfenstädten der Großhandel unbedingt Geschäfte machen will und die Einfuhr gerade dieser Artikel sich auch mit kleinem Kapital bewerkstelligen läßt.

Der diesjährigen D. V. G. - Tagung drückte diese Lage dieses wichtigen Zweiges der nationalen Produktion den Stempel auf: fast ein Duzend meistens größerer Tagungen mit fast 100 Referenten über alles Mögliche aus dem Gebiete der Milchwirtschaft, erstattet von hervorragenden Praktikern und zahlreichen Gelehrten, suchte die Lage der Bauern — 90 Prozent aller Milch wird in Bauernhöfen gewonnen — zu bessern.

Was war davon besonders wichtig? Eigentlich alles!

Bei einer Produktion an Milch und Milchzeugnissen von etwa 3 Milliarden Mark überträgt der Wert der täglich anfallenden Milch den Wert der Produktion des gesamten Bergbaues in ganz Deutschland! Bei solcher wirtschaftlicher Bedeutung wird auch das tiefste Thema lebendig. Organisationsfragen des Ablasses sind es vielfach: Der einzelne Landwirt kann mit der bei ihm anfallenden Milch nicht auf den Markt der Großstädte gehen. Dort müssen größere Mengen abgefertigt werden und dazu bedarf es des Zusammenstufens.

Und damit habe etwas möglichst Gutes herauskommen, muß allerlei, teure Behandlungsapparatur zur Verfügung haben. Die Tiere müssen auf ihre Gesundheit beobachtet werden! Wenn die Windvieh-Tuberkulose, auch Perlsucht, Finnen usw. genannt, nicht durch denselben Bakillus hervorgerufen wird wie die Tuberkulose beim Menschen — die Bezugszeit wird vorichtig, und daher sucht man eine Garantie für Keimfreiheit der Milch zu gewinnen. Und zwar auch aus dem Bedürfnis heraus, die Tiere selber vor Ansteckung untereinander zu schützen. Dann der Kampf um die Sauberkeit! Nichts ist so empfindlich für die Bakillen und Bakterien aller Art, wie die zartgeartete Milch. In einem Fingerhut voll (1 Kubikzentimeter), sind oft viele Millionen Keime, die natürlich die Milch verderben werden, wenn man ihnen die Möglichkeit dazu bietet. Also soll die Milch durch laubereife Gewinnung, schnellste Entfernung aus der Stallluft, schnellste Abfüllung, möglichst frei davon gehalten werden, um eine längere Haltbarkeit herbeizuführen. Dieses Mal wurden hauptsächlich Arbeiten vorgebracht, ob es wohl möglich sein werde, die Festhaltung der Keimzahl jeder einzelnen Milchanteile aus den wissenschaftlichen Laboratorien in die Molkerei zu versetzen, also näher an den Erzeuger heran, damit auf diese Art stärkerer Druck auf sauberste Gewinnung ausgeübt werde?

Der Vertrieb der Milch in den Städten ist in Amerika allgemein in Gestalt sterilisierter Milch in geschlossenen Flaschen üblich. Das wird auch bei uns so kommen! Die Spanne zwischen dem, was der Städter zahlt und dem, was der Bauer bekommt, ist so ungeheuer groß, meistens zwei volle Pfänne, daß der Vertrieb in Flaschen die Milch nicht mehr ernstlich betreiben kann, zumal sie dann haltbarer sein wird. Einflößen wird nur „Rohmilch“, also die durch physikalische und chemische Maßnahmen vollkommen unberührte Milch in Flaschen ausgegeben, natürlich unter strengster gesundheitlicher Kontrolle, so daß man Flaschenmilch ungenügend bederzt roh, ungekocht, mit allen Vorteilen der unbeeinflugten Milch, genießen darf. Das wird man auch bei der zukünftigen Flaschenmilch dürfen, aber diese allgemeine Flaschenmilch wird vermutlich „teuer pasteurisiert“ sein, d. h. die Keime in ihr werden durch Erhitzen auf 85 Grad abgetötet worden sein, was natürlich auf die Nährkraft der Milch nicht gerade günstig einwirken mag, besonders auf die Vitamine.

Trinkt mehr Milch! Eßt mehr Butter! Es gibt nichts Gesünderes. Keine Nahrungsmittel bieten die gleichen Nährwerte für das gleiche Geld. Ist es da nicht unerträglich, daß in den süddeutschen Großstädten während der Karnevalswochen der Milchverbrauch rapide zugeht, weil die Leute dafür kein Geld übrig haben? Arens.

Selbstmord zweier Bankiers.

Als Folge verfehlter Spekulationen. — Der Abschiedsbrief als Anlage.

Die Mittinhaber des 1889 in Berlin gegründeten angesehenen Bankgeschäfts Kay u. Wohlfahrt, die Bankiers Karl Böttcher und Max Dufas, haben Selbstmord verübt. Böttcher, der sich eines guten Ansehens erfreute, ist etwa 60 Jahre alt, Dufas, der 1921 in die Firma eintrat und von Geburt Schweizer ist, ist 38 Jahre alt und galt als Großspekulant. Der Grund zur Tat liegt in verfehlten Spekulationen. Obwohl die Nachricht von dem Selbstmord an der Börse wie eine Bombe einschlug, blühte die Zeit Mitteilungen auf die Gefährdung der Börseverhältnisse kaum haben.

Wie ergänzend berichtet wird, hat Böttcher sich in seiner Wohnung erschossen. Den Selbstmord scheint er dem langer Sand vorbereitet zu haben. Er hinterließ einen Abschiedsbrief, in dem er Dufas in härtesten Worten beschuldigt, ihn zu umfangreichen Spekulationen veranlaßt und dadurch den Verlust seines Vermögens verschuldet zu haben. Als die Tragödie Böttchers im Bankhaus bekannt wurde, kam es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen Kay und Dufas. Wenige Minuten später schoß sich Dufas eine Kugel in den Mund; der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Dufas und Böttcher waren verheiratet; sie hinterlassen beide schulpflichtige Kinder; ihre Familienverhältnisse gelten als geordnet. Die Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Wie verlautet, wird das Bankhaus selbst durch die verlustreichen Geschäfte, die Dufas getätigt hat, und die ohne Zweifel zu dem Selbstmord führten, nicht betroffen. Dufas soll auf eigene Rechnung und weit über seine Vermögensverhältnisse hinaus spekuliert haben. Als der Seniorchef der Firma bei einer Revision im Januar von den Spekulationen seiner Söhne Kenntnis erhielt, veranlaßte er beide, ihre hoffnungslosen Engagements zu lösen. Der Wert des zum Verkauf gelangten Aktienpakets machte inzwischen aber nur noch einen Bruchteil des Anschaffungspreises aus.

Die Ursache der Tragödie.

Aktien, die für eine Million Mark gekauft waren, mußten zu rund 250 000 Mark verkauft werden. Korrespondenzmeldungen zufolge sind die Verluste in der Hauptsache auf ein großes Verlustgeschäft zurückzuführen. Dufas hatte nämlich für eine Million Mark Aktien einer Automobilfirma zusammengekauft. Infolge der Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Automobilindustrie gegenwärtig zu kämpfen hat, gingen die Kurse der Automobilwerte ständig zurück, so daß Dufas sein für eine Million Mark gekauftes Aktienpaket nur noch mit 250 000 Mark bewerten konnte. An der Börse glaubt man jedoch, daß Dufas auch noch andere Engagements eingegangen ist und beifert sie auf insgesamt fünf Millionen Mark.

Glatzstellungen größeren Umfangs nicht erforderlich.

— Berlin, 30. Januar. Zu dem Ableben zweier Inhaber des Bankhauses Kay u. Wohlfahrt teilt die Liquidationskommission mit, daß die vorchriftsmäßigen Dekretungen in reichlichem Maße vorhanden sind. Wie die Firma selbst der Liquidationskommission mitgeteilt habe, übersteigen die Aktiven die Passiven, so daß Glatzstellungen in größerem Ausmaße nicht zu erwarten seien.

Schachts Besuch in Paris.

Fühlungnahme mit Moreau. — Paris ergeht sich in Mutmaßungen.

— Paris, 30. Januar.
Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der Deutschland auf der Sachverständigenkonferenz zur Regelung der Reparationsfrage vertreten wird, hatte nach seiner Abkunft in Paris eine längere Unterredung mit dem Chef der französischen Delegation, dem Gouverneur der Bank von Frankreich Moreau. Wie verlautet, dauerten die Besprechungen, die in den Räumen der Bank von Frankreich stattfanden, mehrere Stunden. In den Abendstunden gab Moreau zu Ehren Schachts ein Essen, an dem Vertreter der französischen Finanzwelt und der Industrie teilnahmen.

Nach einem halbamtlichen französischen Bericht benutzen Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Gouverneur Moreau ihre Begegnung dazu, um sich über Fragen zu unterhalten, die für die Beziehungen der beiden Bankinstitute von Bedeutung sind. In Pariser politischen Kreisen glaubt man jedoch, daß Schacht und Moreau auch in einen Gedankenaustausch über die von der Sachverständigenkonferenz zu behandelnden Fragen eingetreten sind. „Echo de Paris“ berichtet, Schacht habe sich um den Nachweis bemüht, daß eine Verbehalten der 2,5 Milliarden Jahreszahlungen ebenso ausgeschlossen sei, wie die Privatierung der Reparationsschuld.

Wir glauben zwar selbst, daß eine Verbehalten der gegenwärtigen 2,5 Milliarden Mark betragenden Jahresraten nicht möglich ist, und aus der Tatsache, daß wir einmal 1,7 Milliarden Mark aufgebracht haben nicht gefolgert werden kann, daß wir nun Jahr für Jahr in guten und bösen Tagen 2,5 Milliarden Mark aufbringen können, wissen aber auch, daß die französischen Presseauslassungen nur Mutmaßungen darstellen. Was die Privatierung der Reparationsschuld betrifft, jetzt übrigens wieder eine Organ nahe liegende Bank alle die Gründe auseinander, die gegen die Umwandlung der Reparationsschuld in eine Verbehalten sprechen. Es wird also schon stimmen, daß die Privatierung der Reparationsschuld im Zusammenhang mit der Sachverständigenkonferenz „ausgeschlossen“ ist.

Als Termin für den Zusammentritt der Sachverständigenkonferenz wird jetzt der 11. Februar genannt. Der Eröffnungssitzung soll am 9. Februar eine erste Fühlungnahme mehr privater Natur vorhergehen. Man rechnet mit der Einziehung eines Ausfußes und glaubt, daß die Beratungen im Hotel „Astoria“ vor sich gehen werden. Einer späteren Meldung zufolge haben an dem zu Ehren Dr. Schachts gegebenen Essen auch die japanischen Sachverständigen Mori und Koki teilgenommen.

Steuerfentung und Koalition.

Koch-Weser über den Weg zum Steuerabbau. — Sinn und Voraussetzung der Koalitionsverhandlungen.

Reichsjustizminister Koch-Weser gab am dem Parteitag des Wahlkreisverbandes Berlin der Deutschen Demokratischen Partei einen Ueberblick über die politische Lage. Einleitend kennzeichnete der Minister den langsamen, aber merkwürdigen Wiederaufstieg Deutschlands in den letzten zehn Jahren. Nach eingehenden außenpolitischen Betrachtungen behandelte der Minister innerpolitische Fragen.

Er führte aus, Hilferding habe in seinen Vorschlägen eine „wohlerwogene Teilung“ zwischen direkten und indirekten Steuern vorgeschlagen. Das Steuervereinfachungsgesetz werde Klarheit über die Steuerbelastung geben. Das Gesetz sei der erste Schritt zur großen Reichsreform, ohne die weder eine Steuerentlastung noch ein gerechter Finanzausgleich möglich ist. Auf vielen Gebieten, insbesondere auf dem der Justiz, sei eine „Verrechtlichung“ geboten; übrigens verlange Bayern jetzt ein Reichshofengesetz.

In der Frage der Untermauerung der Regierungsgemeinschaft forderte der Minister ein Zusammengehen der im Kabinett vertretenen Parteien hinsichtlich der Haushaltsausgleichung, der Kürzung der Ueberweisungen an die Länder, der Steuererleichterung und der Finanzausgleichsverhandlungen. Eine solche Einigung sei der einzige Sinn, den die Umbildung der Regierung haben könne. Nur die jetzt zu entscheidenden Fragen könnten als Koalitionsprogramm bewertet werden. Die Parteien müßten sich, ob sie in fester oder loserer Koalition stehen, darüber klar werden, daß Parteiwünsche hinter den Allgemeinwohlwille des Reiches zurücktreten müßten. Ein Amt als Reichsjustizminister werde er zur Verfügung stellen, wenn eine Neuverteilung der Sitze im Kabinett erforderlich und die Fortführung der von ihm eingeleiteten Reformen gefordert sei.

Beschlüsse des Jungdo.

Entfaltung einer völkernationalen Aktion. — Richtlinien für die außenpolitische Arbeit.

Das Hochkapitel des Jungdo. hat in der am 21. d. M. in Berlin abgehaltenen Sitzung... Das Hochkapitel prüfte ferner die außenpolitische Lage und fasste eine Entschließung...

Neue deutsche Gesandte.

Für Oslo, Helsingfors und Athen. — Die Ernennung vollzogen.

Reichspräsident von Hindenburg hat den bisherigen Leiter des Protokolls im Auswärtigen Amt Roland Köster zum deutschen Gesandten in Oslo...

Gesandter Köster ist aus dem bairischen Justizdienst hervorgegangen... Gesandter Kenner trat 1920 aus dem Seeresdienst in den auswärtigen Dienst über.

Rundgebung des Rentnerbundes.

Annahme einer Entschließung. — Ein Rentnervereinsgesetz gefordert.

Der „Deutsche Rentnerbund“ hielt im Lehrersvereinssaal in Berlin eine Protokollversammlung ab... Der Berichterstatter des Deutschen Rentnerbundes bezeichnet die finanziellen Auswirkungen eines Rentner-Verordnungsgesetzes auf rund 106 Millionen Mark.

Ihren Niederlassung fanden die Referate in einer Entschließung, die einstimmig angenommen wurde... Die Frage des Rentnerberufungsgesetzes dürfte nicht zu einer Angelegenheit der Parteipolitik gemacht werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 30. Januar 1929.

zurückziehung von neun französischen Jägerbataillonen aus dem Rheinland? Pariser Zeitungen wollen wissen, daß von den gegenwärtig im Rheinland liegenden 31 Jägerbataillonen innerhalb der nächsten zwei Monate neun Bataillone aufgelöst werden, so daß noch 22 im Rheinland verbleiben.

Ein Frühlingstraum.

36 Eine Erzählung aus dem Leben von F. Lehne.

Copyright by F. Lehne, G. m. b. H. Hagen

„Mein Sohn, o mein Sohn“, murmelte dieser und ließ einen Augenblick das Haupt an dessen Schulter ruhen... „Was ist Dir doch recht, Papa, Du wohnst bei mir und wir essen auch bei mir zu Abend?“ fragte Wolf.

„Nichts, Papa! Ich bin nur etwas abgespannt, da in den letzten Tagen, besonders heute, frammer Dienst war!“... „Was ist Dir, mein Sohn?“

Entschließung gegen die englischen Diskontopläne. Die in der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Vereine, Verbände und Wirtschaftsunternehmen eruchten die Reichsregierung...

Aus Stadt und Land.

Versehrliche Wegnahme oder Diebstahl? Auf der Tombola des Professors in Berlin haben zwei Gemälde den rechtmäßigen Besitzern nicht behändigt werden können...

Das Opfer der eigenen Gültigkeit. Im vergangenen Jahre wurden in Berlin in Neublin der Raffierer der Stadtkassier Kowolth verhaftet, der rund 135 000 Mark unterschlagen hatte... Den Gemahl mit der Schere erschlagen. In Berlin-Bichtenberg geriet der 56jährige Händler Otto Schneider mit seinem 20jährigen Stiefsohn Alfred Steffino aus noch ungeklärtem Anlaß in Streit und würgte diesen.

Der Scheinwerfer als Todesursache. Als auf der Bahnhofsstraße in Berlin an der Straßburg der Hilfsbahnmüller Paul Müller und dessen Schwager Rührbank nach Hause gingen, herrschte starkes Schneegestöber... Brand in einem Rathaus. In den frühen Morgenstunden brach im alten historischen Rathaus in Lindau am Bodensee Feuer aus...

Die Uniform vom Leibe gerissen. In Schmeren Zusammenstoß kam es in dem Ortsteil Wubachtal in Greiz. Als dort in einem Gasthaus zwei Polizeiwachmeister Polizeistunde geboten, kam es zu ernstlichen Auseinandersetzungen... Der Uniform bückst du dich. Der andere Polizeiwachmeister liegt auch schwer daneben.

Aus Nah und Fern.

Mitteilungen und Berichte über städtische Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen.

Esßleth, den 31. Januar 1929.

Tagess-Beiger.

1.-Ausgang: 8 Uhr 16 Min. 2.-Utergang: 5 Uhr 06 Min.

S o m m a s s e r:

6.35 Uhr Vorm. — 7.09 Uhr Nachm.

1. Februar: 7.16 Uhr Vorm. — 7.51 Uhr Nachm.

Alle Damen des Frauenchores, W e s e r s t a n d werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Uebungsstunde morgen Freitag, pünktlich 8 1/2 Uhr abends, bei Geisler stattfindet.

W a r n u n g v o r e i n e m V e t t i g e r; w i c h t i g f ü r L a n d w i r t e. Seit einiger Zeit treibt ein Schwindler, dessen Person bereits feststeht, sein Unwesen, indem er Landwirte ansucht und diesen ein Buch „Neuerungen in der Landwirtschaft“ zum Kauf anbietet...

S u n t e b r i c k. Der gemischte Chor „Suntebränd“ feierte am Sonntag in seinem Vereinslokal, Stoll's Gasthaus, sein erstes Stiftungsfest. Die Veranstaltung erfreute sich trotz der herrschenden Grippe und mehrerer anderer Festlichkeiten eines guten Besuchs.

Der junge Chor hat seine Feuerprobe glänzend bestanden. Hoffentlich trägt dieses gelungene Fest dazu bei, daß noch recht viele Damen und Herren dem Verein beitreten.

29. Januar 1929. Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Zucht- und Ausziehmarkt. Auftrieb: 112 Stück Großvieh, darunter 11 Küber.

Table with 2 columns: Item description and Price/Value. Includes entries like 'hochtragende Kühe', 'tragende Kühe', 'gütliche Kühe', 'Jugthüllen', 'Jugtkälber bis 2 Monate alt', 'Jugtkälber (bis 14 Tage alt)'.

Ausgelagerte Tiere in allen Gattungen über Notiz. Marktverlauf: Mittelmäßig.

S O b e n b u r g. Der Reichs ehemaliger Kolonialkrieger für den Verband Odenburg erfreut sich einem regen Lebens und eines allgemeinen Interesses. Er ist in besonderem Maße Träger und Verfechter des Kolonialgedankens.

drückte, und doch fand er die rechten Anfangsworte nicht. Da blieb sein Blick auf Marys Bild haften, das auf dem Schreibtisch stand. Er nahm es zur Hand... „Was ist das, Wolf?“, rief er entsetzt aus, „welch süßes Gesicht! Hübsch, Du bist einen guten Geschmack.“

Der andere wandte sich ab; er konnte dem Sohn nicht ins Auge schauen, der aber fuhr fort: „Ich erkannte jene Unterleucht nach der ersten Bekanntschaft als von mir herrührend an, da mir ahnte — genug.“... „Und die fällige Summe?“ fragte der Freiherr mit fast erschauernder Stimme.

Ulrich werde — so heißt der Bankier — und jenes Papier verschwunden! „Ach, wie ein Aufstehen aus tiefer Not klang es von den Lippen des Freiherrn...“ „Nur eine kleine Fußmagerin. Frage mich nicht, Papa! kam es gequält aus seinem Mund. Wie war ihm elend zu Mute!“... „Papa, wir wollen nicht mehr darüber reden; ich will nichts wissen — lasse die Sache ruhen, zu ändern ist nichts mehr daran.“

(Fortsetzung folgt.)

gebung für Deutschlands verlorene Kolonien gedacht ist. Eine neue Kolonie dürfte im Laufe der nächsten Jahre in der sog. Voger-Heide durch die Aufstellung des Moor- gutes „Karolinenhof“ zwischen Osholt und Barpel entstehen. Dieses Gut, dessen stolze Gebäude weithin sichtbar waren, ist bekanntlich in Roturs geraten und wurde vom Amtsverband Friesoythe, da, wie erinnerlich sein wird, dessen Sparfasse sich bei Bewahrung von Hypotheken übernommen hatte, käuflich erworben. Es umfasst einen Grundbesitz von etwa 180 Hektar. Davon sind bisher 10 Kolonate, je 12 Hektar groß, abgetrennt worden. Bei dem Gutshause verblieben noch reichlich 60 Hektar. Auf den einzelnen Siedlungen wurden neue Gebäude errichtet, die zum Teil bereits bezogen sind. Die Siedler stammen größtenteils aus Süd-Oldenburg. Es ist nicht ausgeschlossen, daß mit Rücksicht auf die Entfernungen in absehbarer Zeit dort eine Schule und vielleicht auch eine Kirche errichtet werden wird. — Ein Sonntag des Oldenburger Zirkunges fand Sonntag in der „Union“ statt. Es waren mehr als 70 Vereine mit etwa 150 Abgeordneten aus dem ganzen Lande vertreten. Gauvertreter Bernert und Oberturmwart Brotmann erstatteten Bericht über die Mitgliederbewegung, das Leben und die Arbeit innerhalb des Gaues. Der Plan für Veranstaltungen und Arbeiten im laufenden Jahre wurde beraten und festgelegt. In die Versammlung schloß sich am Nachmittag eine Schulungstagung für Vereinsvorsitzende.

§ Oldenburg. Eine wichtige Entscheidung, die am 1. Februar in Kraft tritt, hat das Ministerium getroffen. Es handelt sich um die Versicherungsfreiheit der Angestellten der Krankenkassen bezüglich der Angestelltenversicherung. Danach sind die im § 11 Absatz 1, des Angestelltenversicherungsgesetzes bezeichneten Anwartschaften bei Beschäftigten im Dienst von Krankenkassen, die im Landes- teil Oldenburg ihren Sitz haben, als gemächleitet anzuzählen, wenn der Beschäftigte mit Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenentente planmäßig angestellt ist. Dasselbe gilt, wenn eine außerplanmäßige Beschäftigung nach der tatsächlichen Gestaltung der Verhältnisse regelmäßig nach einiger Zeit in eine planmäßige Umstellung übergeht. In jedem Falle ist aber Voraussetzung, daß der Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung die im Angestelltenversicherungsgesetz bezeichnete Höhe erreicht.

§ Oldenburg. Die Deutsche Volkspartei der Stadt Oldenburg hielt unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Kaufmanns Nieberg im „Graß Anton Bühler“ ihre Jahreshauptversammlung ab. In dem von Herrn Dr. erlateten Jahresbericht wird festgestellt, daß stabilere Verhältnisse im Reichstag und eine Besserung der außenpolitischen Verhältnisse nicht eingetreten seien. Die Deutschnationale Volkspartei habe bei den Reichstagswahlen im Lande 60% ihrer Stimmen verloren, was sich auch bei den Landtagswahlen ausgewirkt habe. Im Landtage sei eine feste Mehrheitsbildung ausgeschlossen, die Parteien, die die Protestbewegung gezeitigt haben, hätten die Regierung nur geschwächt. Es werde sich zeigen, ob der jetzige Landtag lebensfähig und instand sei, den Etat zu verabschieden. — Reichstagsabgeordneter Freigantkapitän a. D. Hingmann hielt dann einen Vortrag, der sich mit den politischen Aufgaben der Gegenwart befaßte. Nach seiner Ansicht ist eine Mehrheitsbildung ohne Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei ausgeschlossen. Leider sei es bei der Regierung der Persönlichkeiten geblieben. Die Ausführungen des Sozialdemokraten Wels zur Panzerstiftungsbaufrage bezeichnete Redner als eine starke Entgegnung und als ein Hindernis zur Bildung der großen Koalition. — Redner rechtferdigte die Ansicht seiner Partei, mit den Sozialdemokraten eine Regierung bilden zu wollen, was die Deutschnationalen und der Stahlhelm ihr zum Vorwurf gemacht hätten. Hinsichtlich der Reparationsfrage sei eine feste Regierung zu fordern, die nur auf dem Wege der großen Koalition gebildet werden könne.

*** Schierbrok.** Zum Galten gebracht wurde der Abendpersonenzug nach Oldenburg durch die Fehrer der Notbremse. Ein junger Mann beobachtete wie ein junges Mädchen auf den bereits fahrenden Zug aufsprang, die Weibsteile aber nicht öffnen konnte und die Fahrt nach Oldenburg auf dem Trittbrettl sitzend, die Weine herabstammelnd, antrat. Infolge seiner Weisheitsgegenwart wurde der Zug zum Stehen gebracht, ehe ein Unheil angerichtet wurde. Das junge Mädchen wurde dann ins Abteil gezogen. Es kann von Glück sagen.

*** Bremen.** Bei der Betriebsrentenkasse der Wasserstraßenverwaltung, Unterweserabteilung, ist eine Unterabteilung aufgedeckt worden, indem dem Rechnungsführer, Verwaltungsobersekretär Wilh. Köhbe, eine Veruntreuung im Höhe von 7 000 Mark nachgewiesen wurde. Die Unterabteilung gegen den ungetreuen Beamten ist im Gange.

*** Leer.** Auf dem Katasteramt wird noch als Weledung die alte, treue Petroleumlampe verwendet. Dieses festzustellen in der Zeit der Elektrizität darf als eine Seltenheit bezeichnet werden. Die alte Petroleumlampe wird stolz darauf sein, daß ein preussisches Amt ihre Verdienste noch ehrt.

Die Zeit des Nodelns, Stk- und Schlittschlansens bringt für die Hausfrau eine besondere Arbeit. Das ist die Pflege der wollenen Kleider, die verstanden sein will, wenn alles Wollene weich und mollig bleiben soll. Gerade das Trocknen der Wollschaff bedarf besonderer Sorgfalt. Am besten wäscht man Wolle, nachdem man ihre Waschbarkeit an einem verdickten Zipfel erprobt hat, in kalter Perflauge durch leichtes Stauchen und Drücken, spült gleichfalls kalt und legt dem letzten Spülwasser zur Aufhellung der Farben etwas Kläneressig bei. Dann wickelt man das Stuk nach dem Ausdrücken, nicht Wringen, in feuchttuchtaufgewandene weiße Leinwand, um es von aller Wässe zu befreien und legt es sodann auf tuchbedecktem Tisch, in Form gezogen, zum Trocknen aus. Nicht aufhängen, nicht in Sonne oder feuchthitze trocknen. Die Beachtung dieser bewährten Regel gibt allen Wollschaff neue Schönheit, Weichheit und Frische.

Kriegsschuldkundgebung der deutschen Kriegervereine.

Am 2. und 3. Februar d. J. werden 3 Millionen ehemalige deutsche Soldaten in 30 000 Kriegervereinen, die sich bis in das letzte deutsche Dorf erstrecken, ihre Stimme erheben und laut Protest einlegen gegen die Lüge von der Schuld Deutschlands am Weltkriege. Auch die 300 Kriegervereine des Oldenburger Landeskriegerverbandes werden sich an dieser gewaltigen Kundgebung, die von dem Präsidenten des Deutschen Reichskriegerbundes „K y f f h a u s e r“, General der Artillerie, E z z v. H o r n, angeordnet ist, beteiligen.

Den äußeren Anlaß, diese Volkskundgebung gerade im Jahre 1929 zu veranstalten, bildet der Umstand, daß sich am 28. Juni 1929 zum 10. Male der Tag der Unterzeichnung des Diktates von Versailles jährt. Ein Tag schmerzlicher Erinnerung, besonders für alle Soldaten, die mit Einlaß aller Kraft 4 Jahre gerungen haben, die Unheil von Deutschland abzuwehren. Es war vergeblich. Der Waffenstillstand zwang das deutsche Heer, nicht nur das eroberte und besetzte Gebiet zu räumen. Auch deutscher Boden, den die Mauer unserer Front vier Jahre lang vor dem Feind geschützt hatte, mußte dem Einzug fremder Heere geöffnet werden. Was der Waffenstillstand vorbereitete, vollendete das Friedensdiktat. Wertvolle Teile deutschen Landes im Osten, Norden und Westen wurden Deutschland entzissen. Immer noch stehen fremde Soldaten im Rheinland und in der Pfalz. Die 440 Artikel des Diktates ziehen das staatliche und wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes, ziehen jeden Deutschen auf das schwerste in Mitleidenhaft. Jahr für Jahr strömen in Gestalt der Reparationen die Früchte deutscher Arbeit ins Ausland, wird der deutschen Wirtschaft, dem deutschen Volksermögen Blut entzogen.

Das besetzte Frankreich wurde 1871 zu Friedensverhandlungen zugelassen. Deutschland wurden die Bestimmungen des Friedensdiktates. Die Härte der Bedingungen ist beispiellos in der Weltgeschichte. Dazu fügte man in den Vertrag noch Bestimmungen ein, die lediglich den Zweck verfolgten, dem deutschen Volk seine Ehre zu nehmen. Der Artikel 231 zwingt zur Verurteilung und das Anerkenntnis auf, als „Ursache für alle Verluste und Schäden verantwortlich“ zu sein, „die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten ausgezungenen Krieges erlitten haben“. Die Artikel 227—230 stellen an das deutsche Volk das unerhörte Ansehen, die „wegen eines Verstoßes gegen die Gesehe und Gebräuche des Krieges angeklagten Personen“ zur Aburteilung den Militärgerichten der Entente auszuliefern. In den beleidigenden Ausdrücken wurde bei der Ueberreichung der Friedensbedingungen und bei dem darauf folgenden Notenwechsel zum Ausdruck gebracht, daß die Entente die in diesen Urteilen ausgesprochenen moralische Verurteilung des deutschen Volkes, des deutschen Heeres als die moralische Grundlage und die Rechtfertigung der ungeheuren Härte der Friedensbedingungen angesehen wissen wollte. Richter, die zugleich Partei waren, fällen den Urteilspruch. Sie stellen ohne unparteiische Prüfung Tatsachen fest. Sie klagen, ohne den Angeklagten zur Verteidigung zuzulassen. Der deutschen Vorkriegspolitik wird ein bewußtes Streben nach Weltbeherrschung, nach Unterjochung freier Völker vorgeworfen. Der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, ist nach der Anschauung der alliierten und assoziierten Mächte „das größte Verbrechen gegen die Menschheit gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat“. Deutschland soll auch in gleicher Weise für die raue und unmenschenliche Art, in der der Krieg geführt worden ist, verantwortlich sein. Dem deutschen Heer werden die unmenslichen Grausamkeiten vorgeworfen.

Diese schweren Vorwürfe treffen jeden Deutschen, besonders die deutschen Soldaten, die ausgezogen sind, ihre Heimat zu verteidigen. Der deutsche Reichspräsident, Generalleutnant von Hindenburg, hat sicher dem ganzen deutschen Volke aus dem Herzen gesprochen, als er bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals erklärte:

„Die Anklage, daß Deutschland schuld sein diesem größten aller Kriege, weisen wir, weiß das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück“. Auch der erste Reichspräsident Friedrich Ebert hat am 3. August 1924 feierlich erklärt, daß das deutsche Volk nur zur Verteidigung seiner Grenzen in den Krieg gezogen ist. Auch

Zehn Jahre Landbund Oldenburg-Bremen.

Am 30. Januar sind 10 Jahre verlossen seit der Gründung des Oldenburger Landbundes.

Als nach Kriegsende der deutsche Landwirt aus dem Felde nach Hause kam, fand er in seiner Wirtschaft alles auf den Kopf gestellt. Die Zwangswirtschaft hatte in unerträglicher Fesselung jedes Wirtschaften gelähmt. Eine tiefgehende Missetimmung, eine allgemeine Empörung gegen die Fesseln und Fehler der Zwangswirtschaft und gegen die neuen Bedrücknisse des Landvolkes durch die Revolution und ihre Organe kam zum Durchbruch. Volkswirtschaftliche Bündelbänden nötigten der ländlichen Bevölkerung den Selbstschutz und die Notwehr auf, überall entstandenen Bauernwehren, um sich den Volkswirtschaft vom Hause zu halten. Aus dem unmittelbaren Gefühl der Notwehr bildeten sich spontan lokale ländliche Organisationen, um das mißhandelte Recht des flachen Landes gegen seine Bedränger zu schützen. Das Landvolk machte auf, lernte von seinen Gegnern und begann, sich von unten heraus zu seinem Schutz zu organisieren.

Oldenburg kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, mit als erstes Land auf den Plan gewesen zu sein und durch Herrn Landwirtschaftsrat Lehmann den Namen Landbund gefunden zu haben. Am 18. Dezember 1918 waren alle Gemeindegemeinderäte von Stadt und Amt Delmenhorst zur Wahl des Amtsbauretrates zusammengetreten. In dieser Versammlung wurde dann

1919weigerte sich die deutsche Regierung, diese Ehrenpunkte zu unterzeichnen. „Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Artikel 227—230 des Friedensvertrages zu übernehmen“. Unerbittlich bestand die Entente jedoch auf dieser letzten Demütigung, und der übermächtigen Gewalt wehend, mußte Deutschland auch diese Bestimmungen mit unterzeichnen.

In den letzten vergangenen zehn Jahren hat der Kampf gegen diese Kriegsschuldige nicht geruht. Die Ausführung der Artikel 227—230 ist dank dem Widerstand des einigen deutschen Volkes, das die Auslieferung seiner als „Kriegsverbrecher“ bezeichneten Krieger verweigerte, unterblieben. Die Entente hat aber nicht zurückgelassen die Vorwürfe, die diesen Bestimmungen zugrunde liegen. Sie sind auch nicht stillschweigend fallen gelassen worden. Erst am Neujahrstage ist in der französischen Presse wiederum auf jene Liste der „Kriegsverbrecher“ hingewiesen worden. Nachdrücklich wurde hervorgehoben, daß auch Reichspräsident von Hindenburg auf dieser Liste steht. Aus politischen Zwecken wird eben noch immer an der Versailler Anklage festgehalten.

Unabhängig haben in den letzten Jahren deutsche Wissenschaftler an der Widerlegung der Anklage gearbeitet. Zu ihnen gesellen sich in den Ländern der Neutralen, in Amerika, in England, in Italien und selbst in Frankreich hervorragende Gelehrte und Historiker. Auf das bereitwilligste hat die deutsche Regierung der Forschung ihre Archive geöffnet. Die geheimsten Akten sind der Welt vorgelegt worden. In 54 Bänden mit 16 000 Dokumenten ist das Aktenwerk vollendet. Der moralische Erfolg dieses Vorgehens war groß. Auch die fremden Regierungen mußten sich zur Öffnung ihrer Archive entschließen. England hat bereits die ersten Bände seines Aktenwertes herausgegeben, Amerika ist gefolgt. In Frankreich und Italien sind die Vorbereitungen zur Veröffentlichung der Akten im Gange. Der gerechten, unparteiischen Forschung ist der Weg gebahnt. In seinem soeben erschienenen Buch stellt der amerikanische Professor Fay fest: „Das Urteil des Versailler Vertrages, daß Deutschland und seine Verbündeten allein verantwortlich sind, müssen wir fallen lassen. Es war ein dem Verlegten vom Sieger unter dem Einfluß der Kriegsschloche, der Verelendung, der Unwissenheit, des Hasses und der propagandistischen Wahnvorstellungen abgepreßtes Eingeständnis. Es wird allgemein von den besten Historikern aller Länder anerkannt, daß es nicht mehr zu halten und zu verteidigen ist.“

Dieses Bekenntnis beweist, wie viele andere ähnliche, daß die Anklage des Artikels 231 außer Kraft gesetzt werden muß. Erst dann ist es möglich, in gemeinsamem Wirken deutscher und ausländischer Forscher die Frage nach den Ursachen des Weltkrieges zu beantworten. Die deutsche Arbeit in der Kriegsschuldfrage darf nicht ruhen, bis dieses Ziel erreicht ist. Alle Kreise des deutschen Volkes müssen an seiner Erreichung mitwirken. Die Kriegsschuldfrage ist keine Frage der inneren Parteipolitik. Sie ist Herzensangelegenheit des ganzen deutschen Volkes.

Es ist bekannt, daß die Reichsregierung vieles getan hat gegen die Kriegsschuldige. Es ist auch bekannt, daß ihr in vielen die Hände gebunden sind. Sie muß aber dem Willen der weitesten Kreise des deutschen Volkes auf Befreiung von der Unehre Rechnung tragen.

Ihre Bemühungen muß das ganze deutsche Volk unterstützen. Bis zum 28. Juni muß es sich in der Forderung zusammenschließen haben: Fort mit der Kriegsschuldige! Der Weg für die Wahrheit muß freigemacht werden. Für ihn muß der Artikel 231 außer Kraft gesetzt werden.

Die deutschen Kriegervereine wollen dazu beitragen, daß dieser Wille, der in allen Schichten des deutschen Volkes lebt, bis zum 28. Juni 1929 ostentundig in Erscheinung tritt. Ein Stand, der wie der des Soldaten auf Freiheit, Recht und Wahrfähigkeit gerichtet ist, und ein Volk, das moralische Geltung haben will, muß um dieser Moral willen die Klarstellung des wirklichen Tatbestandes verlangen.

Der 28. Juni muß den Weg zu der Wahrheit freimachen!

Der Beschluß gefaßt, alle Kreise der Landbevölkerung zu einem Landbund zusammenzuschließen.

Auf Grund dieses Beschlusses erfolgte sodann nach Vorbesprechungen am 18. Januar 1919, am 30. Januar 1919 in einer gut besuchten Versammlung die Gründung des Oldenburger Landbundes.

Zehn Jahre sind in der Geschichte des Volkes wie ein Tag, und so wird man sich jede Stunde bewußt sein müssen, daß auch die zehn Jahre Landbundbewegung, die hinter uns liegen — und wenn sie noch so viel Schmers dem einzelnen gebracht haben — für den Bauernstand nur der Anfang eines Weges sind, der mit immer größerer Zielbewußtheit und Eifer fortgegangen werden muß, wenn der deutsche Bauer sich den Platz erobert will, der ihm innerhalb des Volksganges gebührt. Die Bedeutung der Landbundbewegung haben ihre Gegner fast stets besser gemüßigt als ihre Anhänger. Auf keinen Verband der Neuzeit hat sich mit solch unbeeinträchtiger Fähigkeit die Anführerschaft der gesamten Linien konzentriert, wie auf den Landbund. Wenn es eines Zeugnisses für die Notwendigkeit einer starken Landbundorganisation bedürfte, so wäre es vor allem diese Tatsache. Der Endkampf, von dem einst Babel prophezeigte, daß er die Entscheidung bringen werde, ist noch nicht geschlagen. Der schwerste Kampf steht also noch bevor. Der Kampf der darüber entscheidet, ob es weiterhin freie Bauern auf freier Scholle geben soll, oder ob die Mächte, die den Bauern zum Lohnslaven machen wollen, die Oberhand gewinnen.

